

3. Sächsischer Stahlgipfel am 6.November 2023 in Dresden

Positionspapier „Sächsischer Stahl braucht sofort international wettbewerbsfähige Strompreise“

Sachsen besitzt eine jahrhundertelange Tradition des Bergbaus und des Hüttenwesens. Seine Industrielandschaft prägen noch heute auch Elektrostahlwerke, Schmieden und Gießereien. Die Bedeutung der sächsischen Stahlindustrie spiegelt sich auch in der Zugehörigkeit des Freistaates zur Allianz der Stahlländer wider.

Die hiesige Stahlindustrie war in ihrer langjährigen Geschichte mehrfach Treiber für Fortschritt und gesellschaftlichen Wandel. Als besonders energieintensive Branche steht sie aktuell vor enormen und zum Teil existenzbedrohenden Herausforderungen.

Auf Basis der vorangegangenen sächsischen Stahlgipfel von 2019 und 2020 bekräftigen das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, die Stahlunternehmen ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH, BGH Edelstahlwerke GmbH Freital, Schmiedewerke Gröditz GmbH, Mannesmannröhren-Werk GmbH, Ervin Germany GmbH, die Beschäftigtenvertretungen der Unternehmen, die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, die IG Metall Geschäftsstellen Dresden und Riesa sowie die Wirtschaftsvereinigung Stahl folgende Positionen:

1. Europa braucht starke Grundstoffindustrien, um ökonomisch souverän zu bleiben und die Abhängigkeit insbesondere von Autokratien weiter zu reduzieren. Sachsen bekennt sich zu seinen energieintensiven Branchen, um wirtschaftliche Resilienz zu erhalten und zu stärken. Die sächsische Stahlindustrie als mittelständisch geprägte Grundstoff- und Recyclingindustrie steht am Beginn zahlreicher Wertschöpfungsketten, darunter auch für Bauteile klimaneutraler Zukunftstechnologien, bspw. für den Ausbau der Erneuerbaren Energien oder das Gelingen der Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität. Eine Etablierung von Netto-Null-Technologien ist ohne Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette - einschließlich der Stahlindustrie - nicht möglich. Eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Stahlindustrie bildet daher die Grundlage für eine Transformation aller nachgelagerten Wertschöpfungen.
2. Unerlässlich zur Erreichung dieser Ziele ist die Versorgungssicherheit mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Das bedingt vor allem den massiv beschleunigten Ausbau von Photovoltaik und Windkraft für eine ausreichende Erzeugung von Grünstrom und damit einhergehend einen forcierten Aufbau grüner Wasserstoffproduktion in Sachsen. Neben dem Ausbau leistungsfähiger Stromnetze und Speichersysteme bedarf es dafür auch der Bereitstellung notwendiger Wasserstoffinfrastruktur. Die Sächsische Staatsregierung setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine fokussierte, schnelle und

unbürokratische Umsetzung dieser Punkte ein. Sachsen fordert einen breiten Zugang zu bezahlbarer Energie.

3. Bis all dies erreicht ist, ist sofort ein international wettbewerbsfähiger und bundesweit einheitlicher Brückenstrompreis für energieintensive Grundstoffindustrien erforderlich. Darüber hinaus ist für die Elektrostahlroute die Fortführung des Energiesteuerspitzenausgleichs und der ETS-Strompreiskompensation elementar. Denn die hohen Stromkosten sind eine existenzielle Bedrohung gerade auch für die mittelständischen Elektrostahlwerke in Sachsen. Mit anderen Worten: Was wir jetzt brauchen, sind umgehende Entlastungen der Unternehmen in Bezug auf Strompreise.
4. Die anstehende Transformation erfordert von den Stahlunternehmen erhebliche Investitionen in energie- und ressourceneffiziente Technologien. Derzeitige Förderprogramme für die industrielle Dekarbonisierung sind zum Teil sehr komplex aufgebaut. Die Sächsische Staatsregierung würdigt die Transformationsanstrengungen und die bereits erreichten CO₂-Einsparungen der sächsischen Elektrostahlroute. Die am Stahlgipfel beteiligten Akteure setzen sich auch weiterhin für bürokratiearme Förderprogramme ein, die sich an den spezifischen Bedürfnissen des industriellen Mittelstandes ausrichten. Gleichzeitig unternehmen die Akteure der energieintensiven Stahlbranche weiterhin Anstrengungen zur Reduktion von CO₂ als Beitrag zu einer gelingenden Energiewende.
5. Klimaneutrales Wirtschaftswachstum kann nur auf Basis der Kreislaufführung von Rohstoffen gelingen. Die sächsische Stahlindustrie nutzt multirecyclingfähigen Stahlschrott als metallurgische Rohstoffbasis. Sie arbeitet dadurch sowohl CO₂-arm als auch ressourceneffizient und bietet gleichzeitig innovative und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze – direkt vor Ort. Der Bedarf an Stahlschrott wird im Rahmen der Transformation künftig nicht nur in Sachsen, sondern weltweit steigen und in den kommenden Jahren das Stahlschrottaufkommen übersteigen. Sachsen setzt sich daher für die Sicherung der Schrottverfügbarkeit ein. Stahlschrottexporte sollten künftig nur in Länder mit ähnlich hohen Umweltstandards möglich sein.
6. Damit eine Erhöhung der Ressourceneffizienz beim Wirtschaften und die geforderte Transformation und Dekarbonisierung gelingen, bedarf es der Schaffung und Stärkung von branchenübergreifenden Stoffkreisläufen und verlängerter bzw. möglichst vieler Nutzungskaskaden industrieller Abprodukte, wie bspw. Schrott als Sekundärrohstoff oder Stahlwerksschlacken als Ersatzbaustoff. Überregulierungen dürfen die Kreislaufwirtschaft auch im Bereich Stahl nicht hemmen. Die Nutzung alternativer Ressourcen muss für Unternehmen wirtschaftlich attraktiv sein. In Sachsen ist die Öffentliche Hand verpflichtet, vorbildhaft zur Erreichung der Ziele der Kreislaufwirtschaft beizutragen, insbesondere bei Planungen,

Baumaßnahmen, Vergaben und bei der Beschaffung (§ 10 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz). Die Sächsische Staatsregierung setzt sich weiterhin dafür ein, dass diese Vorgabe wirksam in der Praxis umgesetzt wird.

7. Die Bestrebungen der EU im Net-Zero Industry Act und der Bundesregierung, beim Ausbau erneuerbarer Energien den Bürokratieabbau voranzutreiben, sind begrüßenswert. Dabei dürfen jedoch nicht nur Netto-Null-Technologien im Fokus stehen. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss auch für transformationsrelevante Anlagen der Stahlindustrie und somit vorgelagerter Wertschöpfungen von Netto-Null-Technologien Berücksichtigung finden.
8. Die Stahlindustrie braucht für ihre Investitionen und ihre Position in einer grünen Lieferkette Planungssicherheit über eine wettbewerbsfähige Energie- und eine qualitativ hochwertige Rohstoffversorgung. Klimaschonende Leitmärkte auf Basis des CO₂-Fußabdrucks mit einheitlichen Zertifizierungssystemen und der Schutz vor Carbon-Leakage bilden dafür die Grundlage.
9. Angesichts des sich deutlich abzeichnenden Fachkräftebedarfs in der Industrie gewinnen die Qualifizierung und auch die stetige Weiterbildung der Beschäftigten enorm an Bedeutung. Neben den von den Unternehmen zu erbringenden Anstrengungen (stabil hohe und hochwertige Ausbildungs- und Studienangebote, Schaffung der Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen, Integration von ausländischen Fachkräften) bedarf es auch des Erhalts und des stetigen Ausbaus der Bildungsstrukturen im Freistaat vor allem in den MINT-Fächern.
10. Attraktive Arbeitsbedingungen zeichnen sich durch eine aktive Beteiligung der Belegschaften und der Mitbestimmungsgremien sowie durch die Geltung von Tarifverträgen aus.